

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Abbestellen möglich mit Rücksicht der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugerechnet in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.

Insertionspreis 1 Mk. für die 6 gefaltene Zeilen oder deren Raum, Abkürzung, die 2 halbe Zeilen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend ermäßigter Preis. Bekanntmachungen im amtlichen Zeit (nur von Behörden) die 2 gefaltene Zeilen 3 Mk. Bekanntmachungen 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittag 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Haftung tritt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 185.

Mittwoch den 10. August 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in Birkenhain, an dem Wege von Umbach nach Sora, liegt beim Postamt Wilsdruff vom 15. 8. ab 4 Wochen aus.

Dresden-N 6, den 6. August 1921.

Telegraphenbauamt 2.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsanwalt Dr. Wirth gab dem Vertreter des italienischen Vates „Quotidiano“ gegenüber seiner Überzeugung erneut seinen Ausdruck, daß Deutschlands Recht auf Oberschlesien unerschütterlich sei.

* Nach behördlichen Berichten besteht für Deutschland im Augenblick keine Gefahr der Einschleppung der Cholera aus Ungland.

* Lord George traf mit Lord Curzon in Paris ein und hatte eine lange Besprechung mit Briand.

* Die Verhandlungen des Obersten Rates über die Oberschlesische Frage haben am Montag in Paris ihren Anfang genommen.

* Tschischewin hat den Sowjetvertreter in Warschau beauftragt, mit Herbeiführen des Transits deutscher Waren nach Rußland nicht zuzustimmen zu wollen.

Biegen oder brechen!

Der englische und der französische Ministerpräsident sitzen wieder einmal am grünen Tisch zusammen, um nach ihrem Sinne das Schicksal der Welt zu bestimmen. Diesmal hat man nicht, wie es sonst zumeist geschah, vor der Öffentlichkeit schon vor dem Beginn der Beratungen Übereinstimmung markiert. Man weiß, daß Beschwichtigungsbemühungen jeder Art erfolglos bleiben müßten, und hat es für klüger gehalten, die volle Schärfe des bestehenden Gegensatzes unverhüllt in die Erscheinung treten zu lassen. Das galt für Großes wie für Kleines, für Sachliches wie für Persönliches. Um nur ein Beispiel zu nennen: Herr Korfanty, der Mann, dessen Namen jeder deutsche Oberschlesier verfluchen wird, so lange er noch die Lippen bewegen kann, der Mann, der die Autorität der Entente im Abstimmungsgebiet auf das schändlichste herabgedrückt hat, er durfte unbehindert nach Paris kommen, durfte dort in aller Öffentlichkeit für die polnische Sache, so wie er sie ansieht, tätig sein, durfte sogar der glanzvollen Totenfeier für einen in Oberschlesien gefallenen französischen Major beiwohnen, und auch sonst völlig ungeniert im Pannkreis amtlicher französischer Öffentlichkeit verkehren. Sicher gemacht durch diese Aufnahme, will er einen noch höheren Flug nehmen und bereitet seinen Besuch in London vor. Die französischen Behörden stellen ihm die dazu nötigen Papiere unbedenklich aus, aber der Versuch, auch das erforderliche englische Visum zu erhalten, scheitert. Die britische Regierung gibt ihrem Botschafter in Paris die Weisung, das Visum zu verweigern, mit der ganz offenen Begründung, daß sie mit einem Manne dieses Schlages nichts zu tun haben wolle. Herr Korfanty muß also notgedrungen in Paris bleiben und kann erst während der Sitzung des Obersten Rates den Versuch machen, auf die Anschauungen der englischen Delegierten im Sinne der polnischen Kaufwünsche einzuwirken, falls diese Herren nicht auch in Paris jede Berührung mit ihm schon aus Kleinlichkeitsgründen ablehnen.

Man kann nur wünschen, daß die Reinheit dieses Gegenstandes auch in den entscheidenden Tagen, die jetzt gekommen sind, nicht verwischt werden möge. Von beiden Seiten wird in der Presse kein Hehl daraus gemacht, daß nicht bloß die Oberschlesische Frage zur Entscheidung steht, sondern die Gesamtheit der englisch-französischen Beziehungen. Sogar soweit ist die Erkenntnis der Dinge in Paris schon vorgeschritten, daß man für die Haltung Englands nur noch eine Erklärung zu finden weiß: daß nämlich Frankreich nicht Herr in Europa werden dürfe. Die völlige Auslieferung Deutschlands an den französischen Imperialismus muß natürlich auch den englischen Interessen in Europa schweren Abbruch tun, die nur bei Aufrechterhaltung der seit Jahrhunderten festgehaltenen Gleichgewichtspolitik allenfalls zu ihrem Recht kommen können. Jetzt ist England die letzte Gelegenheit gegeben, den französischen Machtgelüsten noch einmal Halt zu gebieten. Schon sagt man in Frankreich, daß eine Entente oder eine Allianz mit England so gar nicht gebrochen werden könne, denn in Wirklichkeit bestehe ja eine solche nicht mehr, und Frankreich hätte nur zu wählen zwischen der Durchsetzung seiner Europapolitik und der in Fragestellung aller Erfolge, die ihm der Weltkrieg gebracht habe. Hinter den Kulissen aber gibt man sich offenbar große Mühe, durch zunehmende Häufung von Konfliktfragen für die Tagung des Obersten Rates die Einfachheit des politisch-diplomatischen Sachverhaltes zu verwirren. Vielleicht soll England auf diesem Wege doch noch für irgendein lautes Kompromiß gewonnen werden; vielleicht soll auch nur Zeit gefunden werden, bis man aus den schweren Verlegenheiten des Augenblicks mit mehr Anstand, als es jetzt möglich wäre, zu entkommen vermag. Wenn Frankreich mit seinen Absichten auf Oberschlesien im Obersten Rat allein bleibt, so hat es doch Vorläufe getroffen, daß es in Ober-

schlesien nicht isoliert dasteht, und mag vielleicht hoffen, unter günstigeren äußeren Umständen auch der Entscheidung des Obersten Rates tragen zu können.

Jedenfalls sprechen alle Anzeichen dafür, daß Lloyd George eine längere Vertagung oder Vertuschung der Gegensätze nicht will, während Frankreich sie einer ausgesprochenen Niederlage im Angesicht der ganzen Welt vorziehen würde. Auf wessen Seite die stärkeren Kräfte, auf wessen Seite die überlegene Führung zu suchen sind, wird man bald erfahren. Wieder einmal geht es um die Ruhe Europas. Soll Herr Korfanty über sie wirklich triumphierten dürfen?

Pariser Propheten.

Die Stimmung der Ententepresse.

Die politische Welt hält den Atem an und wartet in ungeduldiger Spannung auf das, was als erstes Ergebnis der Konferenz des Obersten Rates aus Paris zu vernehmen sein wird. Lloyd George ist mit Lord Curzon in Paris eingetroffen und hatte alsbald nach seiner Ankunft eine lange Unterredung mit Briand, deren Inhalt jedoch vollkommen geheim gehalten wird. Die offiziellen Sitzungen des Obersten Rates haben dann am Montag ihren Anfang genommen. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien und der Zuteilung des Abstimmungsgebietes die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein, die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten, die Frage der Herstellung von Luftschiffmaterial für den Verkehr in Deutschland, die Orientfrage, die Frage der Hilfe für Rußland und jedenfalls auch die finanzielle Lage Österreichs. Für die Dauer der Konferenz sind 8 bis 10 Tage vorgesehen. Die Sachverständigen, die mit der Vorprüfung der Oberschlesischen Frage betraut waren, haben keine Einigung erzielt. Der Sachverständigenausschuß überläßt daher dem Obersten Rat die endgültige Entscheidung über Oberschlesien. Alle Londoner Blätter stellen zum Beginn der Konferenz fest, daß

England und Frankreich völlig verschiedener Ansicht seien. „Daily Chronicle“ gibt der hoffnungslossten drohtischen Ausdruck. Das Blatt fragt: Wird die Entente in einer Woche noch bestehen? „Daily News“ warnen vor Vertagung, sie würde nur die „Illusion einer englisch-französischen Freundschaft“ verlängern, in Oberschlesien aber einen gefährlichen Ausbruch schaffen. „Oberver“ schreibt: Eine Teilung Oberschlesiens, das sich mit einer Zweidrittelmehrheit für den Verbleib bei Deutschland ausgesprochen hat, würde ein Unrecht, die Zuteilung des Industriegebietes Oberschlesiens an Polen trotz des Abstimmungsresultates dagegen eine vollkommene Widerrechtlichkeit und der schwerste Fehler sein. Auch die französische Presse sieht den Beratungen mit wenig Hoffnung entgegen. Das „Petit Journal“ macht darauf aufmerksam, daß es sich bei der englisch-französischen Streitfrage nicht um die oberchlesische Krise handle, sondern um eine Krise, die sich bei Allianzen auf die Dauer immer herausstelle. England glaube, daß der Augenblick gekommen sei, in dem man bei der Schwächung Deutschlands weit genug gegangen sei, andererseits aber habe Frankreich Gründe, Sicherheit gegen lebhafte Angriffsabsichten des deutschen Militarismus zu fordern. Der „Matin“ erklärt, daß Oberschlesien heute keine deutsch-polnische Frage mehr sei, sondern es sei

ein Prüfstein der Weltpolitik,

und wenn dieses Problem in der Weise gelöst würde, daß Oberschlesien ganz an Deutschland fiele, hätte Frankreich einen diplomatischen Misserfolg erlitten. Die größte Sorge der Pariser Zeitungen läuft natürlich darauf hinaus, ob in den verschiedenen Standpunkten Englands und Frankreichs überhaupt noch eine Vereinbarung möglich sei. „Temps“ weist darauf hin, daß jetzt in Paris eine Woche beginnt, die über die Zukunft entscheiden werde. Die Alliierten Regierungen hätten sich darüber Rechenhaft abzugeben, daß die Zukunft der französisch-englischen Einigkeit und die Zukunft des europäischen Friedens auf dem Spiele ständen, wenn man keine Lösung der Oberschlesischen Frage finde, die Frankreich als gerecht ansehe könne, so müsse man die Oberschlesische Frage in der Schwebe belassen, denn keine französische Regierung könne einer Regelung zustimmen, die die Waffe des Volkes in Frankreich für ungerecht halte. Frankreich werde sich dann auf sich selbst zurückziehen und sich damit beschäftigen, einem deutschen Angriff vorzubeugen.

Der Standpunkt Belgiens

welches jedoch bekanntlich an der Entscheidung über Oberschlesien nicht teilnimmt, geht dahin, daß die sozialistischen Minister in Belgien rückfallslos den englischen Standpunkt

in der Oberschlesischen Frage billigen. In der Frage der Sanktionen ist man in belgischen Regierungskreisen offenbar geneigt, die Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zu fordern. Darüber hinaus aber bestehen die Sozialisten auch auf der Aufhebung der militärischen Sanktionen.

Polnische Versammlungen.

Vorbereitungen zum neuen Putz.

Für den Tag des Beginnes der Pariser Beratungen erwarbete man in Oberschlesien allgemein den Ausbruch neuer Unruhen. Bisher wurden jedoch nur aus Himelwitz im Kreise Groß-Strehlitz lebhafteste Schieberereien gemeldet. Sowohl im Kreise Groß-Strehlitz wie im Kreise Hindenburg fanden zahlreiche Versammlungen polnischer Insurgenten mit ihren Führern statt, in denen der Beginn des vierten Aufstandes und Verhaltensmaßnahmen besprochen wurden. Die meisten Versammlungen im Kreise Groß-Strehlitz wurden von deutscher Seite gesprengt. In Gleiwitz sind 50 Lastautos mit französischen Soldaten eingetroffen, die aus dem Kreise Hindenburg zurückgezogen und nunmehr in Gleiwitz stationiert wurden. Da für den Fall eines neuen Polenaufstandes allgemein damit gerechnet wird, daß dieser über Hindenburg in dieser französischen Umgruppierung eine Vorbereitung und Unterstützung der polnischen Pläne durch die Franzosen erblicken.

Aber die Person des Führers dieser polnisch-französischen Verbrüderung, den General Le Rond, wird berichtet, daß er vielleicht noch vor der Lösung der oberchlesischen Frage in Anerkennung seiner „glänzenden aber undankbaren“ Rolle im Abstimmungsgebiet das Kommando des 32. Armeekorps erhalten werde.

Wirtschaftliche Sonderpläne.

Vorschläge zur Absperrung Bayerns.

In Bayern hat Dr. Georg Heim ganz ernsthaft den Vorschlag gemacht, die Wirtschaftsgrenze zwischen Bayern und dem übrigen Reich wiederherzustellen, und zwar deshalb, weil Bayern noch verhältnismäßig niedrige Preise für Lebensmittel hat. Nachdem aber im Frühjahr 1921 diese Wirtschaftsgrenze gefallen ist, steigen auch in Bayern die Preise. Die Aufrichtung einer neuen Wirtschaftsgrenze würde indessen diese Entwicklung nicht aufhalten, im Gegenteil, sie noch beschleunigen.

Zu Anfang des Krieges wurde die Höchstpreispolitik eingeführt. Sie mündete in die Zwangswirtschaft. Die Landwirtschaft verdiente unzuverlässig auch bei der Zwangswirtschaft, die Erzeugung ging aber zurück und die Gegensätze zwischen Stadt und Land verschärften sich in höchst bedauerlicher Weise. Deutschland war im Kriege von den Auslandsmärkten abgesperrt. Es mußte sich wesentlich selbst versorgen. Während aber die Kriegswirtschaft große Gewinne einheimisch und dadurch eine starke Kaufkraft entwickeln konnte, wurde der größte Teil der Bevölkerung in seinen Einnahmen eingeschränkt und vielfach auf überhöhte beschnitten; es langte nicht mehr zur dürftigsten Ernährung. Die gesteigerte Kaufkraft der Kriegswirtschaft ließ die Preise in die Höhe schnellen, die Landwirtschaft mußte ihren technischen Bedarf zu den erhöhten Preisen decken, sollte aber die Höchstpreise bei der Abgabe ihrer Erzeugnisse einhalten. Das gab natürlich Anlaß zu innerem und äußerem Widerstand. Hier bot sich der Schleichhandel als Ausweg. Er wurde beschritten, so daß schließlich die ganze Wirtschaft zu einem großen Schwindel- und Schiebergeschäft entartete. Alle Strafmaßnahmen der Behörden nutzten nichts. Trotz aller Büchergerichte, trotz aller Beschlagnahmen blühte der Schleichhandel. Dadurch erzielten die Landwirte wieder beträchtliche Gewinne, aber sie mußten auf der anderen Seite an den Höchstpreisen zusehen. Jetzt erwartet man, von der Zwangswirtschaft in absehbarer Zeit ganz frei zu werden. Es wäre schlimm, wenn diese Freiheit durch eine Sonderpolitik der Länder in Ernährungsfragen ersetzt werden sollte. Errichtet Bayern eine Wirtschaftsgrenze, so kann es die Ausfuhr seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse sperren. Damit ist weder für das Reich noch für Bayern etwas gewonnen. Bayern braucht für seine Wirtschaft nicht nur die Erzeugnisse aus dem übrigen Reich, es braucht auch die norddeutschen Märkte. Unsere Ernährungsfrage ist nicht sehr günstig. Zwar hat der Reichsernährungsminister Dr. Hermann angeklagt, daß die Reichsregierung alles ansetze, um die Lebensmittelpreise niedrig zu halten. Aber dieses Bestreben hat natürlich für die Erzeuger, die Interesse an höheren Preisen haben, nichts Freundliches. Wahrscheinlich drohte Dr. Heim darum, die bayerischen Produzenten vor solchen Fährlichkeiten zu schützen, als er